Pressemeldung

NDR deckt auf: Unterstützer des gescheiterten Volksbegehrens „Eine Schule für Alle“ stecken hinter verfrühter Abschaffung der Noten in der 3. Klasse durch Schulsenatorin Christa Goetsch

Hamburg, 11. September 2009 – Nach Informationen des Hamburger Senders NDR 90,3 steckt hinter dem Aufruf der Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL), für die Schüler der dritten Klassen entgegen dem geltenden Hamburgischen Schulgesetz keine Notenzeugnisse mehr zu erteilen, die Hamburger Lehrerin Susanne Peters. Peters ist die Hamburger Vorsitzende des sog. Grundschulverbandes, einer Organisation, die das von Christa Goetsch mit gegründete und 2008 gescheiterte Volksbegehren „Eine Schule für Alle“ aktiv unterstützt hat.

Die Fronten im Hamburger Streit um die Primarschul-Pläne von Schulsenatorin Christa Goetsch verhärten sich weiter. Schulsenatorin Goetsch versucht, am geltenden Hamburger Schulrecht vorbei vollendete Tatsachen zu schaffen. Erste Maßnahme: Am Freitag, den 4. September 2009, hat sie vor mehren Hundert Schulleitern verkündet, es gebe für die Schüler der 3. Klassen keine Notenzeugnisse mehr. „Ein klarer Verstoß gegen das Hamburgische Schulgesetz“, erläutert Dr. Walter Scheuerl, Rechtsanwalt und Sprecher der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ für den Erhalt des Elternwahlrechts und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5. „Paragraph 44 Absatz 2 schreibt ausdrücklich vor, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende des Schuljahres, ab Klasse 3 auch zum Schulhalbjahr ein Zeugnis erhalten, in dem die erbrachten Leistungen durch Noten oder Punkte bewertet werden“ so Scheuerl.

Der Hamburger Sender NDR 90,3 hat jetzt aufgedeckt: Hinter dem rechtswidrigen Aufruf der Schulsenatorin stecken die Hamburger Lehrerin und Vorsitzende des sog. Grundschulverbandes Susanne Peters und die Grundschulleiterin Gudrun Wolters-Vogeler. Wolters-Vogeler zum NDR: „Wir haben uns an die Schulbehörde gewandt, um den Kindern das Durcheinander zu ersparen.“ Peters kommentiert die Aktion gegenüber dem NDR mit der Begründung, es sei absurd, jetzt Noten zu vergeben, im kommenden Jahr jedoch nicht mehr (weitere Informationen und Bericht unter: http://www1.ndr.de/nachrichten/hamburg/primarschulen112.html).

„Man muss diese Aktion und den rechtswidrigen Aufruf der Schulsenatorin vom vergangenen Freitag im Zusammenhang damit sehen, dass der sog. Grundschulver-

band von Susanne Peters im letzten Jahr noch aktiv das von Christa Goetsch mit gegründete und im Herbst gescheiterte Volksbegehren ‚Eine Schule für Alle' unterstützt hat" erläutert Scheuerl die Zusammenhänge. „Was wir hier erleben, ist, dass eine grüne Schulsenatorin geltendes Recht und die Demokratie mit Füßen tritt", so Scheuerl. „Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob man in der 3. Klasse Notenzeugnisse für die Kinder haben möchte. Mit ihrem Aufruf setzt sich die Senatorin jedoch in jedem Fall über den Rechtsanspruch aller Hamburger Eltern hinweg, die für ihre Kinder schon in Klasse 3 ein Notenzeugnis wünschen."

„Es kommt hinzu, dass wir in Hamburg zur Zeit zwei parallele Gesetzgebungsverfahren haben, nämlich den Primarschul-Gesetzentwurf der Senatorin, der noch nicht einmal in der Bürgerschaft gelesen worden ist, und das laufende Volksgesetzgebungsverfahren ‚Wir wollen lernen!'. Das Volksgesetzgebungsverfahren ist im Falle seines Erfolges nach Art. 50 der Hamburgischen Verfassung für den Senat und das Parlament bindend" erläutert Scheuerl weiter. „Die Senatorin kann also noch gar nicht wissen, ob sie mit ihrem eigenen Gesetzgebungsverfahren durchdringt. Es ist deshalb unverantwortlich und zutiefst undemokratisch, die Grundschulleiter und Lehrkräfte dazu aufzurufen, entgegen dem gelten Schulgesetz keine Notenzeugnisse mehr vorzubereiten."

Hintergrund:

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen!" wurde am 7. Mai 2008 als Reaktion auf die Pläne der Hamburger Koalitionsparteien GAL und CDU ins Leben gerufen, die Grundschulzeit auf 6 Jahre zu verlängern und das Recht der Hamburger Eltern abzuschaffen, die Schulform der weiterführenden Schule im Anschluss an die Grundschulzeit wählen zu können. Die Volksinitiative setzt sich ein für

- die Erhaltung weiterführender Schulen ab Klasse 5 in Hamburg,
- die Erhaltung der Wahlfreiheit der Eltern,
- die Erhaltung der „Langformschulen" (Gesamtschulen),
- ein gutes zweigliedriges Schulsystem mit Stadtteilschulen und den bei PISA wirklich erfolgreichen Gymnasien,
- die Verbesserung der Ausstattung bestehender Schulen,
- die Erhöhung der Anzahl der Lehrer,
- die individuelle Förderung von schwachen und starken Schülern,
- die besondere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund,
- die Erhaltung kurzer Schulwege,
- und das sorgfältige Umsetzen einer Schul-Reform vor der nächsten!

Ansprechpartner für Rückfragen

Dr. Walter Scheuerl
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-234
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de